

# Sitzungsunterlagen

Sitzung des Hauptausschusses der  
Stadt Bergisch Gladbach  
16.02.2022



# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

5



# Stadt Bergisch Gladbach

## Der Bürgermeister

Datum

**15.03.2022**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Ratsbüro**

Schrifführung

Saskia Anger

Telefon-Nr.

**02202-142237**

## Niederschrift

### Hauptausschuss

Sitzung am Mittwoch, 16.02.2022

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr – 17:59 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### Sitzungsteilnehmer

Siehe Protokollierung unter TOP Ö1

## Tagesordnung

### Ö Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2021 - öffentlicher Teil**  
*0006/2022*
- 4 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 **Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021**  
*0669/2021*
- 6 **Stellvertretender Vorsitz des Hauptausschusses**  
*0796/2021*
- 7 **Internetseite und Dashboard zur Umsetzung der E-Government-Strategie**

0042/2022

- 8 V. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**  
0842/2021
- 9 I. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die X. Wahlperiode des Rates**  
0027/2022
- 10 Projektzeitplan für das Integrierte Klimaschutzkonzept und den European Energie Award für 2022**  
0852/2022
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 11.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): "Einrichtung eines 'Zanders-Ausschusses'"**  
0755/2021/1
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 12.1 Schriftliche Anfragen**
- 12.1.1 Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (eingegangen am 18.01.2022): "Bürgerbeteiligung"**  
0043/2022
- 12.2 Mündliche Anfragen**

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Stein eröffnet um 17:00 Uhr die 9. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode und stellt fest, dass der Hauptausschuss rechtzeitig und ordnungsgemäß einberufen worden und beschlussfähig sei.

Für die heutige Sitzung hätte sich Frau Mehls (SPD-Fraktion), welche durch Frau Holz-Schöttler (SPD-Fraktion) vertreten würde, entschuldigt. Herr Schade nimmt ab 17:02 Uhr (Tagesordnungspunkt Ö1) teil.

An der 9. Sitzung des Hauptausschusses haben teilgenommen:

Claudia Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Friedrich Bacmeister (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Birgit Bischoff (CDU-Fraktion)  
Christian Buchen (CDU-Fraktion)  
Collin Eschbach (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Hans Josef Haasbach (CDU-Fraktion)  
Harald Henkel (CDU-Fraktion)  
Brigitte Holz-Schöttler (SPD-Fraktion)  
Corvin Kochan (SPD-Fraktion)  
Jörg Krell (FDP-Fraktion)  
Theresia Meinhardt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Michael Metten (CDU-Fraktion)  
Dr. Benno Nuding (Fraktion Freie Wählergemeinschaft)  
Klaus Orth (SPD-Fraktion)  
Frank Samirae (fraktionslos)  
Lutz Schade (CDU-Fraktion) (ab 17:02 Uhr)  
Anna Maria Scheerer (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Helmut Schmidt (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)  
Fabian Theodor Schütz (fraktionslos)  
Klaus W. Waldschmidt (SPD-Fraktion)  
Josef Willnecker (CDU-Fraktion)

Vonseiten der Verwaltung haben teilgenommen:

Frank Stein (Bürgermeister)  
Harald Flüge (Erster Beigeordneter/Technischer Beigeordneter)  
Ragnar Migenda (Beigeordneter)  
Thore Eggert (Beigeordneter/Stadtkämmerer)  
Marcel Böttcher (VV I-2)  
Heike Behrendt (VV III-3)  
Jana Latschan (VV III-3)  
Christian Ruhe (FB 9-14)  
Saskia Anger (FB 9-14)

Als Unterlagen der heutigen Sitzung benennt Herr Stein:

Die Einladung vom 01.02.2022 mit der Anlage zur Tagesordnung und den dazugehörigen Vorlagen.

**2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Herr Stein stellt fest, ihm lägen keine schriftlichen Einwendungen vor; mündliche Einwendungen würden ebenfalls nicht erhoben.

**Damit gelte die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2021 – öffentlicher Teil – als genehmigt.**

**3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2021 - öffentlicher Teil**  
*0006/2022*

**Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

**4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Mitteilung zum aufkommenden Unwetterereignis

Herr Stein führt an, dass soeben der SAE aufgrund des gemeldeten Unwetterereignisses für den 17.02.2022 getagt habe.

Herr Eggert ergänzt, dass es hierzu in Kürze eine Pressemitteilung mit genaueren Informationen geben werde.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilung des Bürgermeisters zur Kenntnis.

**5. Bericht über Dienstreisen der Rats-, Ausschuss-, Beirats- und Integrationsratsmitglieder im Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2021**  
*0669/2021*

Herr Schütz fragt an, ob die in der Vorlage aufgeführten Gesamtkosten in Höhe von 49,70 € für die 87. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des Städte- und Gemeindebundes NRW in Gummersbach die Kosten aller Teilnehmenden seien oder nur für eine Person.

Herr Ruhe antwortet, dass dies eine Gesamtkostendarstellung aller Teilnehmenden sei. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfe man die Kosten nicht nach Personen aufschlüsseln.

**Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

**6. Stellvertretender Vorsitz des Hauptausschusses**  
*0796/2021*

Der Hauptausschuss trifft einstimmig bei Enthaltung von einer Stimme aus den Reihen der Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgende **Wahl**:

**Der Hauptausschuss wählt Frau Theresia Meinhardt zur stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptausschusses.**

**7. Internetseite und Dashboard zur Umsetzung der E-Government-Strategie**  
*0042/2022*

Herr Eggert kündigt an, dass es keine schriftliche Mitteilung mehr geben werde und dass das Dashboard bloß online abrufbar sei.

Herr Krell führt an, dass er den Fortschritt loben wolle. Er regt an, dass man für das Serviceportal mehr werbe, damit dieses auf Dauer noch mehr genutzt werde als momentan. Das mittelfristige Ziel sollte eine hundertprozentige Nutzung sein.

Herr Buchen äußert, dass er sich Herrn Krell anschließe. Außerdem bitte er darum, dass Änderungen des Zeitplans zur Diskussion in den Hauptausschuss eingebracht werden sollten.

Frau Holz-Schöttler erläutert, dass sie in Vertretung für Frau Mehls einiges an Lob aussprechen wolle. Sie wolle sich für die Vorlage und die tolle Arbeit bedanken. Außerdem wolle sie anmerken, dass es wichtig sei Vertrauen der Bevölkerung in die Digitalisierung zu schaffen, denn nur so könne dieses Projekt dauerhaft gelingen. Außerdem wolle Frau Mehls wissen, wie die Verwaltung momentan mit Fehlerbehebungen im Serviceportal umgehe und sie wünsche sich konkrete Fallzahlen der analogen Nutzung.

Herr Dr. Bacmeister äußert, dass scheinbar die Auswahl des zentralen Dokumentationssystems abgeschlossen sei. Allerdings habe er für das dritte und vierte Quartal keine große Entwicklung feststellen können.

Herr Böttcher führt an, dass man sehr lange auf ein Update des Serviceportals habe warten müssen. Das heißt man habe aktuell erst seit ein paar Wochen die Möglichkeit Services hinzuzufügen. Mit dieser Neuerung wolle man in die Offensive gehen und das Serviceportal bewerben. Bis die neuen Funktionen komplett eingerichtet seien wolle man das Serviceportal bloß auf der Homepage verlinken. Außerdem habe es Probleme mit PayDirect im Serviceportal gegeben, welche man aber zeitnah beheben wolle. Bezüglich des Dokumentationssystems sei man gerade in der Ausschreibungsvorbereitung. Dieses Thema wolle man sehr sorgfältig bearbeiten, da das zukünftige Arbeiten darauf ausgelegt sei. Der Plan sei es im vierten Quartal mit dem Pilotbereich zu starten.

Herr Eggert ergänzt, dass man Änderungen des Zeitplans auf jedenfall in den Hauptausschuss einbringen werde.

**Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

**8. V. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0842/2021*

Frau Meinhardt äußert, dass sie sich bei Herrn Ruhe für die schnelle Anpassung der Geschäftsordnung bedanken wolle. Es sei ein großer Vorteil, dass die Vorlagen den Fraktionen ab Sommer zwei Wochen im Voraus bereitstünden.

Herr Waldschmidt betont, dass man aufgrund des Missbrauches der Einwohnerfragstunde in der Vergangenheit eine gute Lösung mit der Begrenzung auf drei Fragen pro Einwohner gefunden habe.

Herr Dr. Metten widerspricht Herrn Waldschmidt, denn er halte die Begrenzung für zu strikt. Trotzdem trage die CDU den Beschluss in Gänze mit.

Herr Waldschmidt erläutert, dass jede Anfrage auch Verwaltungskraft benötige. Mit der jetzigen Beschränkung könnten die relevanten Fragen immer noch gestellt und beantwortet werden.

Herr Schütz äußert, dass er darüber verwundert sei, dass gerade die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN so für einen Demokratieabbau stimmen würde. Bezüglich der Verwaltung äußert er, dass diese die Aufrechterhaltung der Demokratie ebenfalls eher als Last empfinden würde.

Die Einwohnerfragestunde sollte die Verwaltung ohne großen Rechercheaufwand tragen können. Dass die Bürger sich nicht mehr vertreten fühlen würden sei ein generelles Problem, welches man bewältigen müsse. Bezüglich der Antragsfristen sollte man überlegen, ob man nicht häufiger pro Jahr Ratssitzungen stattfinden lasse.

Herr Stein antwortet, dass die Verlängerung der Vorlageneingangsfristen und Antragsfristen auf Wunsch der Politik eingeführt worden seien. Für die Verwaltung erfordere dies mehr Arbeit und zeitlichen Druck.

Herr Dr. Bacmeister äußert, dass er es unterstütze, dass Herr Schütz die Demokratie schützen wolle. Allerdings wolle er hierzu noch etwas im nicht öffentlichen Teil der Sitzung ansprechen.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich gegen Herrn Schütz dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

**Die V. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird beschlossen.**

9. **I. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die X. Wahlperiode des Rates**  
0027/2022

Herr Schütz äußert, dass er schon vor längerer Zeit einen Antrag für einen Ausschuss zum Thema Zanders gestellt habe. Es freut ihn sehr, dass dieser nun eingeführt werde.

Herr Waldschmidt äußert, dass er es immer noch kritisch betrachte einen Ausschuss für ein begrenztes Gebiet der Stadt einzuführen. Seine Fraktion habe dieses Thema sehr lange kontrovers diskutiert. Es dürfe nicht der gleiche Fehler wie beim Flächennutzungsplanausschuss entstehen, dass man Doppelberatungen durchführe. Falls sich diese Problematik anbahne, sollte man möglichst schnell mit einer Änderung der Zuständigkeitsordnung reagieren.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

**Die I. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die X. Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach wird beschlossen.**

10. **Projektzeitplan für das Integrierte Klimaschutzkonzept und den European Energie Award für 2022**  
0852/2022

Herr Migenda führt an, dass man die Vergabe eingeleitet habe und auf der Suche nach Bewerbern sei.

Herr Dr. Nuding fragt an, ob es schon einen Termin zum hierzu geplanten Arbeitskreis gebe. Außerdem wolle er wissen, ob das Klimaschutzteilkonzept des Rheinisch-Bergischen-Kreises nicht das gleiche Ziel erarbeite wie es nun die Stadt Bergisch Gladbach vorhabe und ob man in Kontakt mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis sei.

Herr Buchen äußert, dass er sich beim Lesen der Vorlage viele Fragen gestellt habe. Er sehe nun in der Vorlage einen Zeitplan, müsse sich aber selber daraus erschließen was genau passieren werde. Bei dem in der Vorlage gelb markierten Teil frage er sich, ob diese Markierung nur intern relevant sei oder auch für die Ratsmitglieder. Zudem gebe es eine Arbeitsgruppe Klimateam über welche er wissen wolle, wie diese sich zusammensetze. Er könne nicht herauslesen was es für Meilensteine in der Klimapolitik geben solle und über was im Hauptausschuss diskutiert und entschieden werden müsse.

Frau Meinhardt führt an, dass sie die schnelle und großartige Arbeit der Klimaschutzbeauftragten loben wolle. Die Fragen die bisher gestellt worden seien, habe ihre Fraktion bereits gestellt und auch eine Antwort erhalten. Bezüglich der späteren Anfrage der Fraktion Freie

Wählergemeinschaft zum Thema Bürgerbeteiligung wolle sie betonen, dass sie hoffe, dass sich ein Großteil der Bevölkerung beteiligen werde.

Herr Krell spricht an, dass nun endlich Dynamik in diese Thematik gelange. Allerdings müsse er sich den gestellten Fragen von Herrn Buchen anschließen. Bei dem Punkt Ergebnisdarstellung im Internet frage er sich, warum diese vor der Beschlussfassung des Rates im Internet dargestellt sei.

Herr Migenda erläutert, dass er nun die Fragen im Einzelnen abarbeiten werde. Zunächst könne er sagen, dass die Klimaschutzteilkonzepte mit dem Rheinisch-Bergischen-Kreis abgesprochen seien. Grundsätzlich sei es beim Klimaschutzkonzept so, dass Kommunen Aufgaben übertragen bekommen könnten nachdem diese erörtert haben wie die CO2 Neutralität und der Klimaschutz die nächsten Jahre sichergestellt werde. Der European Energy Award stelle einen korrespondierenden Baustein hierzu dar. Dieser könne nur erfolgreich bearbeitet werden, wenn man alle Teile der Gesellschaft einbeziehe. Als ersten Schritt habe man einen Zeitstrahl entworfen, welcher noch nicht endgültig sei. Deshalb gebe es die gelben Markierungen. Generell arbeite man sehr zügig in dieser Thematik. Die beiden Klimaschutzbeauftragten seien erst am 21.01.2022 in die Arbeit eingestiegen und man habe nun schon eine klare Mission. Die Kritik vonseiten der Politik nehme er an, aber er betont, dass für alle dieser Prozess ein neuer sei. In diesen Prozess müsse auch unbedingt die Öffentlichkeit mit eingebunden werden, denn nur so könne das Klimaschutzkonzept erfolgreich sein. Er sei erfreut darüber mitteilen zu können, dass man ein leistungsfähiges Büro gefunden habe, welches nun konkrete Schritte vorantreiben werde.

Frau Behrendt erläutert, dass der dargestellte Zeitstrahl die ganzen Arbeitsschritte vorgebe. Momentan organisiere man sich so, dass die Aufgaben begonnen werden könnten. Man habe einen Maßnahmenkatalog, welcher Handlungsfelder beinhalte, die den Maßnahmen thematisch zugeordnet würden. Diese Handlungsfelder könne die Öffentlichkeit sowie die Politik mit festlegen. Außerdem würden die Fachbereiche der Verwaltung mit einbezogen um mit diesen gemeinsam zu erörtern was wirklich umgesetzt werden könne von den Maßnahmen.

Frau Latschan erläutert, dass das Verfahren des European Energy Award sehr stark vorgegeben sei. Dieses Verfahren müsse von allen mitgetragen werde, damit es am Ende Wirkung zeige. Herr Stein führt an, dass es zunächst nicht um konkrete Aufgaben gehe, sondern um das Verständnis des Prozesses an sich. Sein Vorschlag sei es, dass die Verwaltung in einer Videokonferenz in Informationsgespräch anbiete wie man den Prozess, auch die Einbindung der Ratsmitglieder, in den nächsten Wochen gestalten wolle. In dieser Videokonferenz könnten dann auch nochmal konkretere Nachfragen gestellt werden.

Herr Migenda äußert, dass der Projektzeitplan für das Integrierte Klimaschutzkonzept ein Werkstück sei, welches man möglichst schnell allen bekannt machen wolle. Das heutige Ziel sei es zunächst gewesen, dass die Ausschussmitglieder den Fahrplan kennenlernen würden. Die genaue Richtung und alle Details würden alleine durch den Einfluss des Auftraggebers in den nächsten Wochen noch verändert.

**Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

## **11. Anträge der Fraktionen**

### **11.1. Antrag der CDU-Fraktion vom 14.11.2021 (eingegangen am 14.11.2021): "Einrichtung eines 'Zanders-Ausschusses'" 0755/2021/1**

Herr Stein erläutert, dass der Rat den Antrag in der Sitzung am 14.12.2021 ohne Aussprache zur Beratung an den Hauptausschuss vor einer abschließenden Entscheidung im Rat überwiesen habe. Seitdem seien weitere Änderungswünsche betreffend die Zuständigkeitsordnung an die Verwaltung herangetragen worden. Diese seien gemeinsam mit einem Vorschlag betreffend den Antrag der CDU-Fraktion heute unter TOP Ö 9 behandelt worden. Der Rat könnte vor diesem

Hintergrund feststellen, dass der Antrag der CDU-Fraktion in diese Beratung eingeflossen sei und dass sich eine gesonderte Beratung hierdurch erledigt habe.

**Hierüber besteht im Hauptausschuss ein Einvernehmen.**

## **12. Anfragen der Ausschussmitglieder**

### **12.1. Schriftliche Anfragen**

#### **12.1.1. Schriftliche Anfrage der Fraktion Freie Wählergemeinschaft (eingegangen am 18.01.2022): "Bürgerbeteiligung" 0043/2022**

**Die Ausschussmitglieder nehmen die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.**

### **12.2. Mündliche Anfragen**

#### **Herr Haasbach: Anfrage bezüglich Mountainbiker im Nussbaumer Wald**

Herr Haasbach schildert, dass die Problematik der Mountainbiker im Nussbaumer Wald die Politik schon sehr lange beschäftige. Dies sei kein Wille der Politik gewesen, sondern es habe in der Vergangenheit rechtliche Probleme bezüglich der Duldung gegeben. Er frage an, wie sich die rechtliche Lage nun geändert habe, da die Mountainbiker nun offiziell geduldet würden. Vonseiten der Stadt Bergisch Gladbach habe man immer wieder Haftungsrisiken befürchtet.

Herr Stein antwortet, dass Herr Migenda zu der Duldungsvereinbarung genaueres erläutern könne. Die planungsrechtliche Absicherung sei allerdings noch nicht abgeschlossen, was bedeute, dass für diese Thematik noch keine finale Lösung gefunden worden sei.

Herr Migenda erläutert, dass man eine allumfassende Lösung nur schaffen könne, wenn man Planungsrecht schaffe. Das Planungsrecht solle nach dem Willen des zuständigen Ausschusses so aussehen, dass der Bebauungsplan die aktuelle Nutzung dieser Fläche beinhalte. Allerdings werde es noch dauern bis man hier ein endgültiges Ergebnis erreiche. Problematisch seien vor allem die Mountainbiker, welche nicht offiziell im Verein Dirt Stylers e.V. Mitglied seien, aber trotzdem diverse Strecken auf Privatgrundstücken errichten hätten. Man habe mit dem Verein abgesprochen, dass alle Strecken auf städtischem Gebiet sein müssen. Im Ergebnis habe man keine Duldungsvereinbarung getroffen, sondern eine privatrechtliche Einigung. Dieses Thema werde zu einem späteren Zeitpunkt in der Bearbeitung des B-Planes aufgegriffen, womit ordnungsbehördliche Verfahren momentan bloß pausiert seien. Hinzuzufügen ist, dass es für die Mountainbiker einen Versicherungsschutz vonseiten des Vereines gebe. Im Ergebnis sei er sehr froh, dass man diese Lösung gefunden habe.

Herr Dr. Metten führt an, dass man bereits vor einigen Monaten die gleiche Thematik besprochen habe. Damals habe die zuständige Fachbereichsleitung gesagt, dass es keine Lösung gebe außer eine Rüge. Deshalb wolle er wissen, wie sich die Rechtsauffassung der Stadt nun verändert habe. Zudem habe ihn kürzlich eine Beschwerde bezogen auf den Verein Dirt Stylers e.V. erreicht, weshalb er fordere, dass man die Thematik im Gesamtpaket regele und nicht nur teilweise. Man müsse sich tiefgreifende Gedanken dazu machen, wie die Wege der Mountainbiker für Spaziergänger erkennbar seien könnten.

Herr Schütz fragt an, wer haftet, wenn gerade niemand aus dem Verein Dirt Stylers e.V. anwesend sei. Zudem wolle er wissen, was passiere, wenn ein Kind, welches kein Mitglied in dem Verein sei und keinen Versicherungsschutz durch diesen habe schwer verunglücke. Das Gelände der Mountainbiker sei frei zugänglich für jeden und eine Duldung sei kein möglicher dauerhafter Zustand.

Herr Stein antwortet, dass keine Duldung, sondern ein privatrechtlicher Vertrag vorliege. Dieser beinhalte sämtliche Risiken inklusive der Versicherungen vonseiten des Vereines. Wer Interesse habe, könne diesen vom Rechtsamt verfassten Vertrag gerne lesen. Die Stadt sei der Auffassung, dass man nun im Rahmen des Möglichen eine vorübergehende Lösung geschaffen habe.

Herr Stein beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:59 Uhr.

gez.  
Frank Stein  
Bürgermeister

gez.  
Saskia Anger  
Schriftführung

